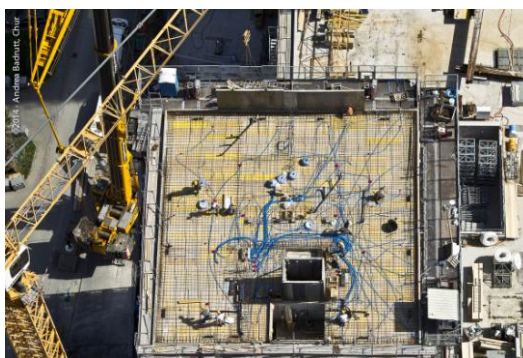


Mut zur sorgfältigen Entwicklung

Wirtschaftspapier der SP Graubünden

SP

PS



Impressum

Wirtschaftspapier der Sozialdemokratischen Partei Graubünden
Verabschiedet am a. o. Parteitag der SP Graubünden vom 22. April 2014

Verfasst von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben der SP Graubünden
Textbeiträge: Bea Baselgia, Urs Chiara, Beat Deplazes, Lukas Horrler, Christoph Jaag, Peter Peyer, Jon Pult, Andreas Thöny.
Redaktion: Peter Peyer

Unser Dank gilt allen Mitgliedern, die mit ihren Beiträgen zum Entstehen dieses Positionspapiers beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an Peder Plaz, Wirtschaftsforum Graubünden, Andreas Wieland, CEO Hamilton Bonaduz, und Helen Cabalzar, Cabalzer Marketing und Verkauf, für ihre kritischen Referate anlässlich des Parteivorstandswochenendes vom November 2013 im Avers.
Das Wirtschaftspapier der SP Graubünden darf unter Angabe der Quelle gerne weiter verwendet werden.

Fotos: Andrea Badrutt, Chur

Inhalt

- A. Vorwort
- B. Für eilige Leserinnen und Leser
- C. Gute Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl
- D. Vorschläge für sorgfältige Wirtschaftsentwicklung
- E. Weiterführende Literatur

Anhang

A. Vorwort

Die vergangenen Jahre sind gekennzeichnet durch Krisen. Was 2007 als Kreditkrise in den USA begann, entwickelte sich zur Banken- und Finanzkrise, gefolgt von einer Rezession, welche viele Länder Europas in eine Schulden- und Währungs Krise stürzte und beinahe die Weltwirtschaft in den Abgrund riss. Gerade für die Staaten Südeuropas hatten die Erschütterungen an den Märkten zusammen mit der darauf folgenden Sparpolitik dramatische Folgen. Die Schweiz und Graubünden kamen hingegen verhältnismässig gut durch die Krise. Trotzdem sind auch wir betroffen. Wirtschaft, Währung (und Wetter) setzen auch Graubünden zu, insbesondere dem Tourismus.

Gleichzeitig fanden Werteverstärkungen statt. In der „NZZ am Sonntag“ vom 29. Juli 2012 schrieb der Ökonom Beat Kappeler: „Der Staat ist ein Bandit, den man im Schach halten muss.“ Eine an sich ungeheuerliche Aussage für den – wesentlich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erstrittenen – Wohlfahrtsstaat Schweiz.

Die allgemeine Verunsicherung, die Angst, zu den Verliererinnen und Verlierern zu gehören, gepaart mit Fremdenfeindlichkeit, Unwissen und dem Rückzug auf konservative Weltanschauungen mündeten am 9. Februar 2014 in ein Ja zur SVP-Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung. Die Konsequenzen dieses Entscheides sind noch nicht vollständig absehbar, könnten aber schwerwiegende negative Folgen für die Schweiz haben.

Die SP Graubünden hat sich die Aufgabe gestellt, ihre Vorstellungen und Vorschläge einer Wirtschaftspolitik für Graubünden zu entwickeln und zu definieren. Oberste Maxime soll sein: Graubünden braucht eine sorgfältige Entwicklung. Perspektiven für den Arbeitsplatz. Schutz der Landschaften. Förderung unserer vielfältigen Kultur.

Gleichzeitig braucht sorgfältige Entwicklung den Mut, sich gegen Sonderinteressen und Machtklüngel durchzusetzen. Den Mut, manchmal gegen den Strom zu schwimmen oder sogar Widerstand zu leisten. Die SP hat diesen Mut. Oft zusammen mit der Mehrheit der Bevölkerung. Wir besiegten den Olympia-Gigantismus. Wir zwangen Repower zur kohlefreien Zukunft. Wir erkämpften den Stopp beim Zweitwohnungsbau.

Mut zur sorgfältigen Entwicklung ruft nicht einfach nach Verhindern des Falschen, sondern auch nach Erneuern und Gestalten. Wir ermöglichten ein modernes Schulgesetz und ein neues Forschungsgesetz. Wir trieben die Bündner Gebietsreform voran. Wir unterstützten einen gerechten neuen Finanzausgleich. Und: Wir setzten uns mit 1:12 für Mässigung und der Forderung nach einem Mindestlohn von 22 Franken pro Arbeitsstunde für Gerechtigkeit in der Wirtschaft ein.

Mit dem vorliegenden Papier präsentieren wir unsere Vorschläge für eine soziale und ökologische Wirtschaft. Für einen Erneuerungsschub im Tourismus. Für Investitionen in Bildung, Forschung, Kultur und Sport. Für die Arbeitsplätze von Morgen. Für eine sorgfältige Entwicklung, die allen statt den Privilegien von wenigen dient. Und für mehr Transparenz in der Bündner Politik.

Wir freuen uns, wenn Sie diesen Weg mit uns gehen. Mutig und sorgfältig.

B. Für eilige Leserinnen und Leser

Graubünden muss als Arbeits- und Lebensraum attraktiv sein. Damit Graubünden wirtschaftlich prosperieren und sich sorgfältig entwickeln kann, braucht es folgende Rahmenbedingungen:

Moderne Institutionen und funktionale Gebietsstrukturen für ein modernes Graubünden

Die SP setzt sich ein für mittelfristig nicht mehr als 50 Gemeinden. Für eine klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Für eine schlanke mittlere Ebene, die auch Wahlsprengel für das Kantonsparlament ist. Für einen produktiven Wettbewerb der Ideen braucht es zudem Proporzwahlen.

Faire Steuern und solide Finanzen für ein starkes und soziales Gemeinwohl

Die SP fordert eine faire Steuerbelastung und eine vorausschauende Finanzpolitik. „Faire Steuerbelastung“ heisst, dass das bewährte Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gilt. Nur so hat die öffentliche Hand genügend Mittel, um die Rahmenbedingungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung zu schaffen.

Infrastruktur für das 21. Jahrhundert

Der Unterhalt der Verkehrsverbindungen ist mit hohen Kosten verbunden. Es braucht genügend Mittel und die richtigen Prioritäten. Im Tourismuskanton Graubünden ist das der öffentliche Verkehr. Bei der Umsetzung einer schnellen Glasfasertechnologie ist in unserem Kanton ein markanter Schritt nötig. Der Kanton muss koordinierend auftreten.

Bildung und Ausbildung für eine starke Gesellschaft

Dank der SP-Bildungspolitik verfügt Graubünden über ein gutes Stipendien- und ein fortschrittliches Schulgesetz. Es braucht zusätzlich einen Schub für mehr Frühförderung und einen vereinfachten Zugang zu Nachhol- und Weiterbildung.

Faire Anstellungsbedingungen und gute Löhne für gute Arbeit

Dem Fachkräftemangel muss mit fairen Anstellungsbedingungen und guten Löhnen begegnet werden. Ein Mindestlohn von 22 Fr. pro Arbeitsstunde sowie das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind Mindestvoraussetzungen dafür.

Kluge Gesundheits- und Familienpolitik für die Bewältigung der Demografie

Graubündens Demografie ist ungünstig. Mit einer klugen Gesundheits- und Familienpolitik kann sich Graubünden aber als Wohnkanton für Menschen im dritten Lebensabschnitt und für junge Familien positionieren. Das schafft demografische und wirtschaftliche Perspektiven.

Raumplanung und Bodenpolitik für Landschaftsschutz und sorgfältige Entwicklung

Die Bündner Bevölkerung hat dem Schutz der Landschaft konsequent zugestimmt. Raumplanung und Landschaftsschutz sind Schutz des touristischen Grundkapitals. Darum müssen sie als wichtiger Teil einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik begriffen werden.

Natur- und Klimaschutz für mehr Lebensqualität

Konsequente Umweltpolitik erhöht die Lebensqualität und somit die Attraktivität Graubündens. Zudem trägt sie auch der Tatsache Rechnung, dass die Folgen der Klimaerwärmung im Berggebiet besonders heikel und kostspielig sind.

RhB, GKB & Co.: Eigentümerstrategien für die Bündner Bevölkerung

Die Rhätische Bahn, die Graubündner Kantonalbank, die Repower und weitere Institutionen und Unternehmungen des Kantons spielen eine zentrale volkswirtschaftliche Rolle. Deshalb braucht es klare, transparente Eigentümerstrategien im Interesse der Bevölkerung.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen hat die SP Graubünden folgende Vorschläge für die Wirtschaftsentwicklungspolitik:

1. Tourismus: Revitalisierung dank mehr Qualität, Natur, Kultur, Gesundheit und Sommer

Der Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig Graubündens. Die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative muss als Chance genutzt werden, um die Hotellerie zu stärken und den Strukturwandel der Beherbergungsbranche in Richtung Nachhaltigkeit und Qualität zu lenken.

2. Industrie und Dienstleistungen: Investitionen in Forschung und Entwicklung fördern

Der Kanton muss eine aktive Bodenpolitik betreiben. Nur so lässt sich die Ansiedlung von neuen Industrie- und Gewerbetrieben zielgerichtet beeinflussen. Die Übernahme der Industriebrachen in Domat/Ems und Fideris durch den Kanton drängt sich geradezu auf. Statt über generelle Steuersenkungen und Steuererleichterungen sollen Industriebetriebe in Zukunft ausschliesslich über Beiträge für Innovation und Forschung gefördert werden.

3. Bildung, Forschung und Gesundheit: Die Arbeitsplatzmotoren der Zukunft

Das Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitswesen schaffen heute und morgen viele zusätzliche Arbeitsplätze. Mit dem neuen Gesetz über Hochschulen und Forschung hat Graubünden eine wichtige Grundlage geschaffen. Investitionen in alle Facetten einer Bündner Wissenswirtschaft (Hightech, Gesundheit, Umwelt- und Energieforschung, Kultur- und Sprachenforschung etc.) müssen gefördert und von der öffentlichen Hand auch direkt getätigt werden.

4. Stromwirtschaft: Wertschöpfung nach Hause holen und die Energiewende als Chance nutzen

Im Bereich der Wasserkraft hat Graubünden in den kommenden 30 Jahren *eine* grosse Aufgabe. Die Heimfälle sind zu nutzen, um mehr Wertschöpfung nach Graubünden zu holen. Die Repower kann das Instrument dazu sein. Um die konjunkturellen Rentabilitätsprobleme der Bündner Wasserkraft anzugehen, sind die alten Schweizer Atomkraftwerke möglichst rasch hinunterzufahren und eine deutliche Preissteigerung der CO₂-Zertifikate nötig.

5. Bauwirtschaft: Fit dank Sanierung des Bestandes statt Betonierung der Fläche

Durch Förderung sinnvoller Alternativen zum Zweitwohnungsbau kann die Bündner Bauwirtschaft nachhaltig gestärkt und ökologisch sinnvoll in Schwung gehalten werden. Die Energiewende birgt dabei grosses Potenzial.

6. Landwirtschaft: Qualität und Ökologie mit einer neuen Bio-Offensive stärken

Der Berg- und Tourismuskanton Graubünden ist geradezu prädestiniert für eine ökologisch geprägte und ressourcenschonende Landwirtschaft. Dazu braucht es eine neue Bio-Offensive, gerade an der kantons-eigenen landwirtschaftlichen Schule Plantahof.

7. Forstwirtschaft: Ressource Holz in Wert setzen

Um die Wertschöpfung zu steigern, soll der Bau einer oder zweier grösserer Sägereien im Kanton ins Auge gefasst werden. Dazu braucht es (genossenschaftliche) Kooperationsmodelle zwischen dem Kanton und den Waldbesitzern als Trägerorganisation und den beauftragten Unternehmen als Verarbeiter.

C. Gute Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl

„Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft“ ist eine typische Floskel der Politik. In der Regel sind damit möglichst tiefe Steuern gemeint. Verlangt wird auch eine Beschränkung von Auflagen und Vorschriften, insbesondere im Umweltbereich und bei der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse. Das BAK Basel hat vor Jahren nachgewiesen, dass die Steuerbelastung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Bezüglich der Einflussfaktoren auf die Standortattraktivität erscheint sie allerdings erst an fünfter oder sechster Stelle. Wichtiger sind die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Arbeitskräften und (Aus-) Bildungseinrichtungen, zeitgemässe Infrastrukturen, politische Stabilität, gute (öffentliche) Verkehrsverbindungen, attraktive Freizeitmöglichkeiten und erschwinglicher Wohnraum.

Die SP setzt hier an: Graubünden muss als Arbeits- und Lebensraum attraktiv sein. Dazu muss die öffentliche Hand ihre Aufgaben wahrnehmen können. Sprich Bildung, Gesundheit, Verkehrsverbindungen, ressourcenschonende Ver- und Entsorgung, kulturelle und landschaftliche Vielfalt, (soziale) Sicherheit und bezahlbare Wohnmöglichkeiten garantieren, schützen und fördern. Dafür braucht es die nötigen Steuereinnahmen, damit die öffentliche Hand Investitionen tätigen kann, die jede und jeder Einzelne für sich alleine nicht bewältigen könnte. Damit legt der Staat überhaupt erst die Grundlage für wirtschaftliches Tun der privaten Unternehmen. Steuereinnahmen und Schutz der natürlichen Ressourcen sind also zwei zentrale Rahmenbedingungen und Grundlagen der Bündner Wirtschaft, von denen alle profitieren und an die im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle beizutragen haben.

1. Moderne Institutionen und funktionale Gebietsstrukturen für ein modernes Graubünden

Der Kanton Graubünden ist überstrukturiert. So ist kein Staat zu machen. Rund 140 Gemeinden, 11 Regionen, 39 anachronistische Majorzwahlkreise, ein unübersichtliches Gewirr von 400 Gemeinde- und Zweckverbänden plus zahlreiche Bürgergemeinden mit Grundbesitz sind keine Zukunftsoption. Es fehlt trotz zeitgemässer Gesetzgebung beispielsweise in der Bildung, im Gesundheitsbereich oder in der Altersversorgung eine klare Aufgabenteilung auf die drei in der Verfassung festgeschriebenen Staatsstufen. Zwar sind in den letzten drei Jahren der Druck und die Einsicht für eine Neuorganisation des Kantons gewachsen. Es bleibt aber fraglich, ob sich der von Regierung und bürgerlicher Mehrheit im Grossen Rat bevorzugte Weg einer Aufteilung in die Gemeindereform (nach dem Bottom-up-Ansatz mit kantonalen Rahmenvorgaben) und die Gebietsreform (Top-down-Ansatz, von der Bündner Bevölkerung im September 2012 im Grundsatz gutgeheissen) innert nützlicher Frist als zielführend herausstellt. Ein schlüssiges Gesamtkonzept mit einer darauf aufbauenden Strategie fehlt.

Für die SP ist nach wie vor der Gesamtblick zur Neuordnung der Kantonsstrukturen erforderlich: Mittelfristig nicht mehr als 50 Gemeinden, klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, eine schlanke mittlere Ebene, die auch Wahlsprengel für das Kantonsparlament ist und damit verbunden die überfällige Einführung des Proporzwahlrechts mit doppeltem Pukelsheim. Das Kantonsparlament kann nur dann Spiegel der Bündner Bevölkerung sein, wenn das Wahlsystem einen Wettbewerb der Ideen zulässt und nicht einfach eine Ausmarchung unter den bekanntesten aber immer gleichen Köpfen darstellt. Zudem ist der Wettbewerb der Ideen eine wichtige Voraussetzung für das Aufbrechen verkrusteter Strukturen und damit für wirtschaftliches Weiterkommen des Kantons.

2. Faire Steuern und solide Finanzen für ein starkes und soziales Gemeinwohl

Die SP fordert eine faire Steuerbelastung und eine vorausschauende Finanzpolitik. „Faire Steuerbelastung“ heisst, dass nach dem bewährten Prinzip des modernen Staatswesens jeder und jede nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Die Pauschalbesteuerung und weitere Steuerprivilegien für Reiche sind darum inakzeptabel. Aus diesem Grundsatz heraus haben auch Steuern vor Gebühren und Abgaben Vorrang. Gebühren und Abgaben sollen nur dort eingesetzt werden, wo sie eine lenkende Funktion haben und nicht mehr primär als reine Finanzierungsquelle dienen.

Graubünden steht mit rund 1 Milliarde Franken Eigenkapital und dem höchsten öffentlichen Nettovermögen pro Kantonseinwohnerin und Kantonseinwohner schweizweit finanziell sehr solide da. Es bedarf nun einer klaren Strategie, wie diese Mittel zum Nutzen der gesamten Bündner Bevölkerung und der Bündner Volkswirtschaft zukunftsgerichtet investiert werden sollen.

3. Infrastruktur für das 21. Jahrhundert

Graubündens Infrastruktur ist in Ordnung. Allerdings ist der Unterhalt des Strassen- und Schienennetzes mit hohen Kosten verbunden. Hierzu müssen genügend Mittel zur Verfügung stehen. Das heisst gleichzeitig, dass Graubünden nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes und der Wohnqualität kein Interesse am weiteren Kapazitätsausbau seiner Strasseninfrastruktur haben kann, sondern insbesondere auch aus finanziellen Gründen. Strassenbau ist in Zukunft vermehrt unter dem Aspekt der Verhältnis- und Zweckmässigkeit zu beurteilen. Für Luxuslösungen steht kein Geld zur Verfügung. Besonderes Augenmerk ist hingegen auf Lärmschutz und erhöhte Sicherheit zu richten. Die Bindung von hohen Bundesmitteln, zum Beispiel für die zweite Gotthardröhre, entzieht wichtigen, dringenden Infrastrukturvorhaben die notwendigen Mittel und kann deshalb aus Bündner Sicht keine Option sein. Zudem ist das Vorhaben verfassungswidrig und höhlt den Alpenschutz und die Verlagerungspolitik aus. Hingegen sind ein gut ausgebautes Angebot im öffentlichen Verkehr, genügend Infrastrukturen für den Langsamverkehr und die Instandhaltung des Wanderwegnetzes für den Tourismuskanton Graubünden zentral und müssen prioritär behandelt werden.

Bezüglich Umsetzung der schnellen Glasfasertechnologie (fiber to the home) ist in unserem Kanton ein markanter Schritt nach vorne nötig. Kraftwerke, die RhB, die Astra, die Swisscom und weitere verfügen bereits heute kantonsweit über entsprechend schnelle Leitungen. Der Kanton muss hier zu Gunsten aller Bündner Regionen und Gemeinden koordinierend eingreifen, um den Zugang flächendeckend zu sichern.

4. Bildung und Ausbildung für eine starke Gesellschaft

Dank der SP-Bildungspolitik verfügt Graubünden über ein modernes Stipendien- und über ein fortschrittliches Schulgesetz. Damit sind in den letzten Jahren gute Grundlagen für eine zukunftsfähige Volksschule, für Weiterbildung und lebenslanges Lernen geschaffen worden. Schule und Bildung sowie das Sozialwesen bleiben eine Verbundaufgabe von Gemeinden und Kanton, wobei der Kanton klare, einheitliche und verbindliche Richtlinien vorzugeben hat.

Für Kinder aus anregungsarmen Familienverhältnissen oder mit Migrationshintergrund ist die vorschulische Förderung unerlässlich, damit diese in ähnlichem Ausmass von den anschliessenden Bildungsangeboten profitieren können wie die übrigen Kinder. Frühförderung ist eine Basisinvestition in eine starke Gesellschaft und damit beste Grundlage auch für eine starke Wirtschaft von morgen. Der aktuelle Bildungsbericht Schweiz zeigt den Handlungsbedarf im Bereich der Frühförderung für den Kanton Graubünden auf.

Im Bereich der Berufsbildung ist nach wie vor das duale Bildungssystem ein Erfolgsmodell. Die Berufsbildung darf aber nicht einseitig auf die Interessen der Arbeitgebenden fokussiert werden. Der humanistischen (Allgemein-)Bildung muss während den Lehrjahren zwingend mehr Platz eingeräumt werden. Für leistungsschwächere Jugendliche sind auch weitere und gezielte Fördersysteme nötig.

Menschen aus einem bildungsbenachteiligten Umfeld sollen eine zweite Chance erhalten. Entsprechende Fördermassnahmen sind auch in Graubünden umzusetzen, zum Beispiel gezielte Bildungs- und Berufsberatung, Stipendien statt Sozialhilfe und Ausbildungszuschüsse. Menschen, die sich eine Weiterbildung gar nicht mehr zutrauen, müssen mit aufsuchender Bildungsarbeit aktiv erreicht werden, damit Bildung wieder an ihrem Horizont erscheint.

In Graubünden trägt die Schule auch eine besondere Verantwortung für die Pflege der Dreisprachigkeit als Wesensmerkmal unseres Kantons. Die Mehrsprachigkeit soll in Zukunft im Bündner Bildungswesen noch stärker in Wert gesetzt werden.

5. Faire Anstellungsbedingungen und gute Löhne für gute Arbeit

Die Bündner Wirtschaft ist auf gut qualifizierte Mitarbeitende angewiesen, unabhängig davon, ob es sich um Fachkräfte, Hilfskräfte oder Spezialistinnen und Spezialisten handelt. Im Wissen darum, dass dies nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative und der massiven Abnahme der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine grosse Herausforderung wird, sind faire Anstellungsbedingungen und Löhne unabdingbar. Verstärkt werden müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bezahlte Nachholbildung für den Wiedereinstieg in den Beruf, Teilzeitarbeit und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Während im Bausektor dank starken Gewerkschaften und guten Verhandlungen die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren stark verbessert werden konnten, ist die Bündner Leitindustrie Tourismus in Teilen noch ein Tieflohnsegment. Hier besteht Nachholbedarf, gerade wenn die entsprechenden Berufe auch für Einheimische attraktiver werden sollen. Ein erster Schritt ist ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Zudem braucht es aber auch eine dichtere GAV-Abdeckung, gerade in den wachsenden Branchen wie dem Gesundheitswesen. Die geltenden gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen müssen viel stärker kontrolliert und durchgesetzt werden.

Die Gewerkschaften müssen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Mitarbeitenden und den viel stärkeren Einbezug in die politischen Entscheidungsprozesse geltend machen. Eine Einsitznahme der Gewerkschaften in den strategischen Gremien der kantonalen Institutionen – gleichberechtigt mit der Arbeitgeberseite – ist ein erster Schritt dazu.

6. Kluge Gesundheits- und Familienpolitik für die Bewältigung der Demografie

Eine grosse Herausforderung stellt die demografische Entwicklung dar. Der Altersquotient ist in Graubünden von 1999 bis 2011 um 1.8% stärker gestiegen als im Schweizer Schnitt (GR von 24.8% auf 29.4%, CH von 24.8% auf 27.6%). Innerhalb des Kantons bestehen zudem regional grosse Unterschiede. Gleichzeitig ist der Jugendquotient in den vergangenen 40 Jahren von 53% auf 33.5% markant gesunken, auch er mit grossen regionalen Unterschieden. Dem Geburtenrückgang kann zumindest teilweise mit einer entkrampften Zuwanderungspolitik entgegengewirkt werden, gekoppelt an flankierende Massnahmen wie bezahlbares Wohnen, angemessene (Mindest-) Löhne sowie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Umgekehrt kann die aktive Bewerbung von Menschen, die ihren dritten Lebensabschnitt in Graubünden verbringen möchten, eine Chance darstellen. Beispielsweise im Gesundheits- und Wellnesstourismus, verbunden mit gut qualifizierten Institutionen und Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Pflegebereich. Dafür braucht es eine klare Aufgabenzuteilung. Die Gesundheitsversorgung, insbesondere in den Spitälern, ist als kantonale Aufgabe neu flächendeckend dem Kanton zuzuteilen. Die Alters- und Pflegeheime sind hingegen in die finanzielle Verantwortung der Gemeinden zu übertragen.

Eng mit der demografischen Entwicklung und der Standortattraktivität verknüpft ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diese ist in Graubünden nicht ausreichend. Ein deutlicher Schritt nach Vorne stellt die Grundlage für eine ausgewogene Vertretung der Frauen in Wirtschaft und Politik dar und ermöglicht es den Vätern, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Auch in bevölkerungsreichen Regionen wie zum Beispiel dem Oberengadin fehlt es an genügend Krippenplätzen und ausserschulischen Betreuungsangeboten. Hier besteht für die öffentliche Hand grosser Handlungsbedarf.

7. Raumplanung und Bodenpolitik für Landschaftsschutz und sorgfältige Entwicklung

Die Bündner Bevölkerung hat dem Schutz der Landschaft wiederholt und konsequent zugestimmt. Zuletzt bei der klaren Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes am 3. März 2013. Kluge Raumplanung, Landschaftsschutz und Denkmalpflege sind im Verständnis der Bündnerinnen und Bündner kein Widerspruch zu wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Wertschöpfung. Im Gegenteil: schöne Landschaften und Dörfer sind die Grundlage für unseren Tourismus! Zudem ist das Modell „Wachstum dank Zweitwohnungsbau“ gescheitert. Sowohl das Wirtschaftsforum Graubünden als auch avenir suisse haben dies erkannt.

Raumplanung und Landschaftsschutz sind darum als wichtiger Teil einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik zu stärken und mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten. Eine aktive, vorausschauende Bodenpolitik durch den Kanton ist zudem der eigentliche Hebel für die Ansiedlungen von neuen Industrie- und Gewerbebetrieben sowie zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

8. Natur- und Klimaschutz für mehr Lebensqualität

Die offiziellen Werte der Marke Graubünden „wahr“, „wohltuend“ und „weitsichtig“ sind nach wie vor die richtigen Wegweiser bei der Entwicklung des Kantons. Graubünden braucht keine austauschbare und verkitschte Inszenierung seiner Alpenwelt. Vielmehr sind die Wertschätzung von Natur und Kultur sowie die wirtschaftliche Wertschöpfung untrennbar miteinander zu verknüpfen. Das Gleichgewicht zwischen dem sinnvollen Nutzen und dem erforderlichen Schutz der Lebensgrundlagen ist nicht unbestritten und muss daher laufend neu erkämpft werden. Dazu bildet das Beschwerderecht der Umweltorganisationen eine wichtige Voraussetzung und verleiht entsprechenden Anliegen Gewicht. Die Umweltorganisationen sind damit zentrale Partner für eine ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Graubündens.

Graubünden übernimmt daher gemeinsam mit den angrenzenden Wirtschafts- und Kulturräumen Verantwortung für den Alpenrhein, setzt die notwendigen Restwassersanierungen überall um, schützt auch Alpenbewohner wie Bartgeier, Wolf & Co., setzt die Alpenkonvention um und engagiert sich im Kanton und auf nationaler Ebene für eine vorbildliche Klimapolitik. Eine solche Ausrichtung der Politik erhöht nicht nur die Lebensqualität sondern trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die Folgen der Klimaerwärmung im Berggebiet besonders heikel und kostspielig sind.

9. RhB, GKB & Co.: Eigentümerstrategien für die Bündner Bevölkerung

Die Rhätische Bahn (RhB), die Graubündner Kantonalbank (GKB) sowie weitere Institutionen und Unternehmen des Kantons (Repower, Psychiatrische Dienste, Strafanstalt Realta etc.) spielen eine zentrale volkswirtschaftliche Rolle, auch unter dem Blickwinkel von Arbeitsplätzen.

Die RhB und die GKB sind aber ebenso Partnerinnen, Anbieterinnen wie Trägerinnen der Bündner Leitindustrie Tourismus. Für die RhB ist deshalb eine klare, verbindliche und transparente Eigentümerstrategie durch den Kanton zu erarbeiten. Die GKB soll noch stärker in die volkswirtschaftliche Gesamtverantwortung eingebunden werden, ohne dass der Kanton direkt in ihr operatives Geschäft eingreift.

Der Kanton selbst, die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die sich im Mehrheitsbesitz des Kantons befindenden Unternehmen haben zudem mit ihren Anstellungsbedingungen Vorbildcharakter für die gesamte Bündner Volkswirtschaft vorzuweisen. Sie stützen damit das Angebot an qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im ganzen Kanton.

D. Vorschläge für sorgfältige Wirtschaftsentwicklung

1. Tourismus: Revitalisierung dank mehr Qualität, Natur, Kultur, Gesundheit und Sommer

a) Fakten:

Der Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig Graubündens. Deutlich über die Hälfte des Exportanteils der Bündner Volkswirtschaft und rund ein Drittel der bündnerischen Gesamtwertschöpfung werden vom Tourismus direkt und indirekt erwirtschaftet (Botschaft der Regierung, Heft Nr. 13 /2011-2013). Für viele Bündner Regionen ist der Tourismus von existenzieller Bedeutung. Ein prosperierender Tourismus ist darum der wichtigste Faktor für die dezentrale Besiedlung des Kantons. Dadurch ist die Tourismuswirtschaft, die momentan strukturell und konjunkturell mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, auch das volkswirtschaftliche Klumpenrisiko Graubündens. Gute Bündner Wirtschaftspolitik darf darum nicht nur Tourismuspolitik sein – aber natürlich auch. Das grösste Risiko innerhalb des Bündner Tourismus als Gesamtsystem ist wiederum die starke Abhängigkeit vom teuren Wintersport. Die Branche diversifizieren heisst darum, speziell die Angebote des Sommers fördern und stärken.

b) Einschätzungen:

Seit Jahren befindet sich der Bündner Tourismus im Vergleich zur Konkurrenz im In- und Ausland in einem Abwärtstrend. Dies hat neben den aktuellen Konjunkturproblemen wie der schlechten Wirtschaftslage im Euroraum und der Frankenstärke auch viele hausgemachte Gründe. Die Potenziale des Sommertourismus sowie des kultur- und naturnahen Tourismus wurden zu lange verkannt oder als Spinnerei abgetan. Die Dominanz von wenig innovativen Denkansätzen (mehr Pistenkilometer = mehr Wertschöpfung) hat dazu geführt, dass insbesondere der Bündner Wintertourismus heute ein ähnliches Angebot wie die anderen Destinationen im Alpenraum bietet – nur bedeutend teurer als im benachbarten Ausland. Auch die zum Teil noch immer fehlende Bereitschaft der Branche stärker zusammenzuarbeiten und unter dem Dach der Marke Graubünden gemeinsam Märkte zu bearbeiten, stellt ein hausgemachtes Problem dar.

Geradezu grobfahrlässig war die jahrzehntelange Passivität der Bündner Polit- und Tourismuselite gegenüber dem für den Tourismus schädlichen, uferlosen Zweitwohnungsbau. Statt die Landschaft als Grundkapital des Tourismus besser zu schützen und die Hotellerie mit griffigen Massnahmen vor der Konkurrenz von immer mehr kalten Betten zu schützen, sind die Verantwortlichen über Jahrzehnte der Bau- und Immobilienlobby auf den Leim gekrochen und haben der kurzsichtigen Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet. Der Zweitwohnungsbau hat die Hotellerie kannibalisiert. Alleine das Oberengadin hat in den letzten 6 Jahren über 1'000 Hotelbetten verloren.

Ohne ein griffiges Modell der öffentlichen Unterstützung von Hotelinvestitionen wird die Hotellerie in Graubünden einen schweren Stand haben, da sie Kredite nur auf dem Ertragswert erhält und dieser wegen der hohen Saisonalität des Bündner Tourismus verhältnismässig tief ist. Eine aktive Förderungspolitik für Investitionen in die Hotellerie legitimiert sich aus der Tatsache, dass die Hotels die eigentliche Basisinfrastruktur für die gesamte Tourismuswirtschaft darstellen. Ohne funktionierende Hotels gibt es nämlich auch kaum Wertschöpfung in den übrigen vom Tourismus abhängigen Branchen.

c) Handlungsfelder und Ziele:

☞ Die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative muss als Chance genutzt werden, um die Hotellerie zu stärken und den Strukturwandel der Beherbergungsbranche in Richtung Nachhaltigkeit und Qualität zu lenken. Um dies zu erreichen, muss die Hotellerie von der Abhängigkeit der Bodenspekulation (Quersubventionierung) gelöst werden. Dazu braucht es politische Instrumente zur Förderung von Hotelinvestitionen. Der Kanton richtet einen Fonds ein zur Förderung innovativer Hotelprojekte von volkswirtschaftlicher Bedeutung.

- ☞ Die Bündner Tourismusbranche (Hotellerie, Gastronomie, Transportunternehmen) braucht eine gemeinsame, konsequente Qualitätsstrategie, in der auch die Aus- und Weiterbildung eine zentrale Rolle spielen und die von der Politik als Voraussetzung für jegliche Förderung verlangt wird.
- ☞ Weitere Bedingungen für die öffentliche Förderung des Tourismus müssen eine gemeinsame Strategie zur Saisonverlängerung, Vermarktungsk Kooperationen innerhalb der Branche und mit der Landwirtschaft sein. Letzteres zielt einerseits auf den Aufbau dezentraler Strukturen einer ökologische Nahversorgung und andererseits auf die Schaffung eines praktikablen Logistik- und Verkaufssystems ab. Dieses sorgt für die Sammlung und den kantonsweiten Transport von lokalen, dezentral hergestellten Landwirtschaftsprodukten und Spezialitäten, insbesondere für Gastrobetriebe.
- ☞ Graubünden braucht als Ferienregion ein Alleinstellungsmerkmal. Darum positioniert sich unser Kanton als Antithese zur „Disneyfikation“ der Alpenwelt und wird europäischer Leader im authentischen, Natur-, Kultur- und Gesundheitstourismus. Dafür braucht es innovative Inwertsetzungs- und Wertschöpfungskonzepte für die Bündner Naturpärke, für den Nationalpark Adula, gemeinsame Marktbearbeitungs- und Logistikstrategien von Hotellerie und Gastronomie, eine enge Verbindung mit der spezialisierten Bündner Bio-Landwirtschaft sowie noch mehr Kooperationen zwischen Tourismusbranche und Gesundheitswesen.
- ☞ Deutlich mehr Kulturinvestitionen der öffentlichen Hand sind eine Grundbedingung für einen prosperierenden Tourismus der Zukunft. Professionelles Kunstschaffen und breite Laienkultur sind mit deutlich mehr Beiträgen als heute zu unterstützen.
- ☞ Der Wintersport und der Wintertourismus bleiben noch viele Jahre wichtig und müssen sich im Rahmen einer ökologisch verträglichen Entwicklung auch in Zukunft entfalten können. Mit einem „Bündner Einheimischtarif“ bringen wir mehr Menschen auf die Pisten und erhöhen das Tourismusverständnis. Mit dem Aufbau des nationalen Schneesportzentrums in einer Bündner Destination schaffen wir ein entsprechendes Kompetenzzentrum.
- ☞ Wiederkehrende Sportveranstaltungen in einer vernünftigen Grössenordnung wie eine Ski-WM, Ski-Weltcuprennen, der Spenglercup, die Tour de Ski oder die Bob-WM sind wichtige und sinnvolle Sportevents, die auch von der Politik unterstützt werden sollen. Der Gigantismus der fremdbestimmten Olympischen Winterspiele unter dem Regime des heutigen IOC bleibt hingegen inakzeptabel.
- ☞ Der Fokus der touristischen Entwicklungsbemühungen muss aber auf dem Sommer liegen. Da liegt das grosse Diversifizierungs- und Wachstumspotenzial. Die Förderpraxis ist zu überprüfen: statt Transport- und Beschneiungsanlagen braucht es Investitionsbeiträge für Bike- und Wanderwege und das Inwertsetzen von Natur und Kultur.

2. Industrie und Dienstleistungen: Investitionen in Forschung und Entwicklung fördern

a) Fakten:

Industrie findet sich in Graubünden vor allem im Bündner Rheintal, im vorderen Prättigau und in der unteren Mesolcina. Im vorderen Prättigau ist die Maschinenindustrie prägend, im Bündner Rheintal Bereiche wie Chemie, Medizinal- und Messtechnik und in den Südtälern die Bau- und Energiewirtschaft. Im restlichen Kanton gibt es nur geringe industrielle Tätigkeiten. Gesamtkantonal betrachtet sind rund ein Viertel der Beschäftigten im Industriesektor tätig. Die Exportindustrie war in den Jahren 2000 bis 2008 deutliche Wachstumsleaderin mit durchschnittlich 5.7% Zuwachs pro Jahr. Seit 2008 hatte die Exportindustrie zuerst mit der Wirtschaftskrise und dann mit dem starken Franken zu kämpfen. Sie tat dies allerdings äusserst erfolgreich.

Der Dienstleistungssektor, vom Tourismus abgesehen, ist in den gleichen Regionen stark wie die Industrie. Die Handelsbranchen, der öffentliche Sektor (Bildung, Gesundheit etc.), der Finanzsektor, unternehmensbezogene Dienstleistungen und das Immobilienwesen leisteten im Zeitraum 2003 bis 2008 jeweils zusammen mit der Industrie einen erheblichen Anteil am Gesamtwachstum (BAK Basel, 2010).

b) Einschätzungen:

Hauptmotor der Bündner Volkswirtschaft ist der Tourismus. Eine breiter diversifizierte Volkswirtschaft ist aber wünschenswert. Der Industrie- und der Dienstleistungssektor sind trotz schwierigen Rahmenbedingungen eine wichtige Möglichkeit dazu.

Für Graubünden nicht zielführend ist eine passive Industriepolitik, in der lediglich versucht wird, das Spiel des Standortwettbewerbs klüger zu spielen als andere. Dieses Spiel kann Graubünden als Randregion der Schweiz gar nicht gewinnen. Eine aktive Industriepolitik orientiert sich darum am Gemeinwohl, will die Zukunft politisch gestalten und begnügt sich nicht mit dem blossen Verwalten von Marktergebnissen. Durch kooperative Leistungen kann Graubünden insbesondere im Industrie- und Dienstleistungssektor mehr Stärke im Markt gewinnen. Das entscheidende Instrument einer erfolgreichen Industriepolitik in diesem Sinne ist eine aktive Bodenpolitik seitens des Kantons. Im Bereich der Unternehmensförderung sollen in Zukunft nicht mehr Steuersenkungen und Steuererleichterungen sondern gezielte Anreize für Forschung und Entwicklung innerhalb der Unternehmen im Zentrum stehen.

c) Handlungsfelder und Ziele:

- ☞ Der Kanton muss eine aktive Bodenpolitik betreiben. Nur so lässt sich die Ansiedlung von neuen Industrie- und Gewerbetrieben zielgerichtet und raumplanerisch sinnvoll beeinflussen. Die Übernahme der Industriebrachen in Domat/Ems und Fideris durch den Kanton drängt sich geradezu auf, um in absehbarer Zeit valable Nutzungen zu ermöglichen. Diese Flächen müssen für die Ansiedlung von hochwerterschöpfender Industrie bereit gehalten werden.
- ☞ Wirtschaftsförderung im Sinne von Beiträgen an Industrieunternehmen erfolgt in Zukunft ausschliesslich über Beiträge an Innovations- und Forschungsleistungen, nicht mehr über Steuererleichterungen oder generelle Steuersenkungen.
- ☞ Regionale Kooperationen und Clusterbildungen sind zu fördern. Darunter sind räumliche Zusammenballung von mehreren Betrieben mit ähnlichen Merkmalen, (z.B. Branche, Werkstoffe) oder mit komplementären, sich ergänzenden Ressourcen zu verstehen.

3. Bildung, Forschung und Gesundheit: Die Arbeitsplatzmotoren der Zukunft

a) Fakten:

In der Schweiz wie auch in Graubünden sind in den letzten Jahren in keinem Bereich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen worden als im Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitswesen. Es ist auch seit Jahren klar, dass Wissen und Gesundheit immer wichtigere Teile von Gesellschaft und Volkswirtschaft werden. Darum sind das auch grosse Wachstumsmärkte der Zukunft. Natürlich stellen Bildung, Forschung und Gesundheit als ausgesprochene Service-Public-Branchen auch wachsende Kosten für den Staat und für die Volkswirtschaft dar. Letztlich sind diese Kosten aber vor allem gesamtgesellschaftliche Investitionen in eine kultiviertere, leistungsfähigere, innovativere, gerechtere und gesündere Gesellschaft.

b) Einschätzungen:

Neben einer flächendeckenden, qualitativ hochstehenden Grundversorgung mit Volks-, Berufs- und Mittelschulen sowie höheren Fachschulen braucht Graubünden aus wirtschaftspolitischer Sicht vor allem auch starke Hoch- und Fachhochschulen. Sie sind die Treiberinnen einer Wissensgesellschaft. Mit dem neuen Gesetz über Hochschulen und Forschung hat Graubünden eine wichtige Grundlage für eine aktive Förderung der Wissenswirtschaft im Kanton geschaffen. Nun gilt es diese Grundlage zu nutzen. Der Forschungsplatz Davos, die Churer Hoch- und Fachhochschulen, der Nationalpark, das Center da Capricorns in Wergenstein, das Centro del legno in Poschiavo und die einmalige Kultur- und Naturvielfalt Graubündens bieten dafür sehr gute Voraussetzungen.

Prioritäres Ziel der Bündner Politik muss die Etablierung einer breit verstandenen Wissenswirtschaft sein. Eine solche soll die Entwicklung und Innovation im High-Tech-Bereich, die Erforschung der alpinen Natur, der Bündner Kultur und seiner Sprachenvielfalt umfassen. Neben modernsten Innovationen beinhaltet die Wissenswirtschaft auch die Revitalisierung und Weiterentwicklung alter Vermächtnisse der alpinen Wirtschaftskultur.

Ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen in Graubünden bedeutet gleichzeitig Grundversorgung und Arbeitsplatzmotor für alle Regionen. Der Churer Spitalplatz, leistungsfähige Regionalspitäler, aber auch medizinische Forschungseinrichtungen und Angebote des Gesundheitstourismus bilden ein volkswirtschaftlich interessantes Ganzes. Dem praktisch unausweichlichen Kostenwachstum in den öffentlichen Haushalten steht ein grosser Arbeitsplatzgewinn in diesem Sektor gegenüber.

c) Handlungsfelder und Ziele:

- ☞ Chur und das Churer Rheintal mit ihren Industrieunternehmungen im High-Tech-Bereich sowie ihrer technischen Fachhochschule sollen zu einem Cluster im Bereich der angewandten Forschung werden. Entsprechende Rahmenbedingungen müssen von der Politik vorgegeben werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Ausbildung technischer und naturwissenschaftlicher Fachkräfte an der HTW Chur zu richten.
- ☞ Graubünden braucht mehr Forschungsinvestitionen und mehr Kooperationen mit ausserkantonalen Institutionen und Universitäten im Bereich der Grundlagenforschung. Der von der Regierung vorangetriebene Aufbau einer Graduate School in Graubünden ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.
- ☞ Im Bereich der Sprach- und Kulturforschung sowie im Bereich der Umwelt- und Energieforschung muss Graubünden seine Trümpfe noch geschickter ausspielen und dank einer offensiven Strategie mehr Arbeitsplätze schaffen. Anknüpfungspunkte dafür sind unter anderem der Schweizer Nationalpark, der Forschungsplatz Davos, der Technologiestandort Landquart sowie die Churer Hochschulen. Gerade Davos als Spitzenforschungsplatz soll mit den Instrumenten des neuen Forschungsgesetzes noch stärker unterstützt werden.
- ☞ Als Teil einer gesamtheitlichen und dezentralen Bündner Wissenswirtschaft sollen alte Traditionen und das Vermächtnis der alpinen Kultur und Wirtschaft vor Ort gefördert und neu in Wert gesetzt werden: das lokale (Kunst-) Handwerk, die naturnahe Alpenlandwirtschaft und das professionelle, einheimische Kulturschaffen. Diese Traditionen der alpinen Wirtschaft sind wiederum besser mit der Gastronomie und dem Bauwesen zu vernetzen, um gemeinsam Märkte zu bearbeiten und wirtschaftliche Kreisläufe und Wertschöpfungsketten zu fördern.
- ☞ Die demographische Entwicklung und das Wohlstandswachstum in Schwellenländern machen den Gesundheitsmarkt zu einem Wachstumsmarkt. Graubünden kann sich mit seiner Landschaft und kulturellen Vielfalt attraktiv positionieren und vom Wachstum profitieren. Die grosse Kurort-Tradition wie beispielsweise in Davos ist offensiv auszuspielen. Dank einem Ausbau von Angeboten für Eingriffe, Therapien und Rehabilitation im Bereich des Gesundheitstourismus sowie Betreuungsangeboten für ältere Menschen im High-End-Bereich kann ein grosser Teil des öffentlichen Gesundheitswesens mit „Exportdienstleistungen“ des Gesundheitstourismus finanziert werden. Dieses Potenzial muss genutzt werden. Dazu ist als zwingende Voraussetzung eine „Solidaritätsabgabe“ auf den Pflegeleistungen für diese Patientengruppe einzuführen, die direkt als medizinische Entwicklungshilfe in die entsprechenden Länder zurückfliessen muss.

4. Stromwirtschaft: Wertschöpfung nach Hause holen und die Energiewende als Chance nutzen

a) Fakten:

Der Bund hat den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende beschlossen. Auf diesem Weg befindet sich auch Graubünden. Die Energiewende ist auch mit dem kantonalen Energiegesetz aufgegleist worden. Darin werden die Ziele und der entsprechende Absenkpfad des Energieverbrauchs

festgehalten. Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Energiewende kann festgehalten werden, dass derzeit mindestens 250 Mio. Franken pro Jahr für fossile Energieträger ins Ausland abfliessen. Dabei haben wir Wasser, Sonne, Wind und weitere erneuerbare Energieträger vor der Haustüre.

Die Wasserkraft hat in Graubünden – trotz aktueller konjunktureller Probleme – eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung. Obwohl die Produktion in Graubünden erfolgt, fällt die Gewinnabschöpfung nach wie vor zu grossen Teilen in den Unterländer Kantone an. Mit den Heimfällen der grossen Werke von strategischer Bedeutung kann dies in naher Zukunft geändert werden. Die Stromunternehmen müssen aber auch ihre Verpflichtungen erfüllen. Die gesetzlich vorgeschriebene Restwasserdotierung soll endlich vollzogen, die Sanierung der Gewässer (Fischdurchgängigkeit, Schwall/Sunk, Geschiebehaushalt) vorangetrieben werden.

Die neuen erneuerbaren Energien wie Wind, insbesondere aber die Sonnenenergie, bieten für Graubünden wegen der überdurchschnittlichen Sonnenscheindauer ein grosses Potenzial sowohl für Stromgewinnung als auch für die Aufbereitung von Warmwasser.

b) Einschätzungen:

Die Energiewende ist Chance und nicht Gefahr, so sie denn genutzt wird. Wer frühzeitig aktiv handelt, hat mehr Gestaltungskraft. Mit der Cleantech-Offensive der SP Schweiz respektive mit dem Gegenvorschlag des Parlaments wird bis 2030 die Hälfte des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Dieses Ziel gilt es konsequent zu verfolgen und umzusetzen. Die aktuellen, konjunkturellen Rentabilitätschwierigkeiten der Wasserkraft können nicht einseitig der Förderung neuer erneuerbarer Energien in die Schuhe geschoben werden. Wichtiger sind dafür die Konjunkturprobleme in vielen europäischen Staaten, der viel zu tiefe Preis der CO₂-Zertifikate und die massive indirekte Subventionierung der Atom- und Kohlekraft in Europa und in der Schweiz.

Im Bereich der Wasserkraft hat Graubünden in den kommenden 30 Jahren *eine* zentrale Aufgabe: Die Heimfälle nutzen, um sowohl die Produktionsanlagen als auch die Gewinne im Kanton zu halten. Als zweite Aufgabe gilt es für den Sonnen-, Holz- und Föhnkanton die neuen erneuerbaren Energien weiter voran zu bringen. Beispielsweise durch den massiven Ausbau der Solar- und Photovoltaik-Flächen für die Wärme- und Stromgewinnung.

Mit der Repower befindet sich ein Energieunternehmen im mehrheitlichen Besitz des Kantons und somit unter demokratischer Kontrolle, das sowohl von der Grösse als auch vom Wissen her in der Lage und fähig ist, wichtige Heimfälle der kommenden Jahre abzuwickeln und mittel- und langfristig mehr Wertschöpfung aus der Wasserkraft nach Graubünden zu holen.

Pumpspeicherkraftwerke können in Zukunft bei der Speicherung des unregelmässig anfallenden Wind- und Sonnenstroms eine wichtige Rolle spielen. Das Projekt Lago Bianco in Poschiavo ist dafür prädestiniert, weil es zwei Speicherseen auf unterschiedlicher Meereshöhe hat. Den Lago di Poschiavo und den Lago Bianco. Damit kann in Zeiten ungenutzt anfallendem und preisgünstigem Strom aus Wind und Sonne das Wasser in den höher gelegenen Speichersee gepumpt und bei teurer Nachfrage turbinert werden.

c) Handlungsfelder und Ziele:

- ☞ Heimfälle von strategisch wichtigen Bündner Kraftwerken sollen geltend gemacht werden und ihre Anlagen in das Portfolio der Repower übertragen werden. So kommt ein grosser Teil der Bündner Wasserkraft zurück in bündnerische Hände. Repower soll *der* Stromkonzern der Bündnerinnen und Bündner sein und bleiben und als entscheidendes Instrument der Bündner Heimfallpolitik verwendet werden. Dazu braucht es eine klare kantonale Eignerstrategie, eine transparente Struktur und demokratische Kontrolle. Darum muss der Kanton Mehrheitsaktionär von Repower bleiben.
- ☞ Um die aktuellen, konjunkturellen Rentabilitätsprobleme der Bündner Wasserkraft anzugehen, muss sich der Kanton Graubünden für eine möglichst baldige Abschaltung der alten Schweizer

Atomkraftwerke einsetzen. Zudem muss sich die Schweiz im Rahmen der internationalen Klimapolitik für eine deutliche Mengeneinschränkung der fossilen Energieträger und damit für eine deutliche Preissteigerung der CO₂-Zertifikate einsetzen.

- ☞ Die beschlossene Erhöhung der Wasserzinsen auf den 1. Januar 2015 muss vollzogen werden.
- ☞ Die Förderungspolitik des Kantons für die Produktion von Energie aus Sonne und Wind muss akzentuiert werden. Zudem darf das Potenzial der Wärmegewinnung aus Biomasse nicht ausser Acht gelassen werden. Der Kanton soll bei der Förderung von Wärmeverbänden eine aktive Rolle einnehmen.

5. Bauwirtschaft: Fit dank Sanierung des Bestandes statt Betonierung der Fläche

a) Fakten:

Die Hälfte des Umsatzes der Bauwirtschaft fällt auf den Infrastrukturbau, wovon 80% im Auftrag der öffentlichen Hand ausgeführt werden. Die Bauwirtschaft erlebt seit Einführung der Personenfreizügigkeit ein Auslastungshoch und schuf sehr viele Arbeitsplätze. Von 2010 bis 2011 stieg das Auftragsvolumen nochmals um +5.4% auf rund 20 Milliarden Franken.

Ein Teil dieser Spitze beruhte in Graubünden auf dem Zweitwohnungsboom, dessen Spekulationscharakter nun zu Recht beschränkt wird. Eine Eigentumswohnung für eine halbe Million Franken zu erstellen und für eineinhalb Millionen Franken zu verkaufen – dieses schnelle Geld für die wenigen Spekulanten wird es nicht mehr geben. Der Baumeisterverband selbst spricht in diesem Zusammenhang von drei Gefahrenregionen für eine Immobilienblase: Nebst den Regionen Genfersee und Zugersee/Zürichsee nennt er auch die Region Davos/Oberengadin.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und das BAK Basel rechnen mit einem Abflachen der Bautätigkeit in der Schweiz. Hauptgrund dürfte ein Ansteigen der Zinsen ab 2017/2018 sein. Dies könnte landesweit 33'000 Arbeitsplätze weniger bedeuten. Im Vergleich dazu werden die Arbeitsplatzverluste als Folge des Verfassungsartikels zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaus auf 1'600 bis maximal 15'000 Stellen geschätzt. Ein Abflachen im Bausektor bedeutet gegenwärtig also ein Gesundschumpfen, um aus der Blasengefahr herauszukommen.

Gemäss einer Studie der Schweizerischen Energie Stiftung SES vom Oktober 2012 bietet die Energiewende die Chance für 85'000 neue Arbeitsplätze in der Schweiz. Das Arbeitsplatzpotenzial für Graubünden aus der Nutzung der neuen erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz dürfte ein Potenzial von 3'600 Arbeitsplätzen haben. Angesichts der sinkenden Beschäftigungszahlen im Baugewerbe wegen der Auswirkungen des Verfassungsartikels zum Zweitwohnungsbaus ist dies eine Chance, die nicht verpasst werden darf.

b) Einschätzungen:

Durch Förderung sinnvoller Alternativen zum Zweitwohnungsbaus kann die Bündner Bauwirtschaft nachhaltig gestärkt und ökologisch sinnvoll in Schwung gehalten werden. Die Energiewende birgt dabei grosses Potenzial. Bis 2035 ist ein schweizweit ein Beschäftigungszuwachs von +3.4% prognostiziert (+3'630 neue Arbeitsplätze, davon in der Bauwirtschaft durch Energieeffizienzsteigerung +1'893, durch Förderung von Solar-, Biogas- und Windenergie +996). Chancen bietet zudem die verstärkte Verdichtung bestehender Siedlungsgebiete statt der endlosen Zersiedelung und der weiteren Erschliessung der begrenzten Baulandreserven.

Ein zentrales Wachstumsfeld ist der Ausbau und der Erhalt der Infrastrukturen in gezielten Bereichen, die allgemein die Wirtschafts- und Lebensgrundlagen verbessern. Im Vordergrund stehen dabei das Schienennetz sowie schnelle Glasfaserverbindungen in alle Haushalte. Deutschland rechnet beispielsweise mit 968'000 neuen Arbeitsplätzen infolge Breitbandausbau bis 2020. Viel stärker gefördert werden muss

zudem der gemeinnützige Wohnungsbau in Graubünden. Dies nützt der Bauwirtschaft und senkt die Mieten für viele Bündner Familien, was wiederum deren Kaufkraft merklich erhöht.

Alleine schon mit den hier skizzierten Massnahmen besteht ein reales Potenzial an neuen Arbeitsplätzen, das längerfristiger und nachhaltiger wirkt und zwar ohne eine Immobilienblase zu fördern.

c) Handlungsfelder und Ziele:

- ☞ Die Energiewende muss in Graubünden aus dem Blickwinkel der Bauwirtschaft aktiv gefördert und gesteuert werden. Ein Beispiel dafür ist die Bestimmung einer Zielgrösse von 1000 neuen Solardächern pro Jahr.
- ☞ Die Sanierung und Renovation der unökologischen Bauten aus den Boom-Zeiten der 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts muss systematisch angegangen werden.
- ☞ Arbeitnehmer und Betriebe der Bauwirtschaft werden aktiv im bevorstehenden Strukturwandel unterstützt, zum Beispiel durch Um- und Weiterbildungsmöglichkeiten.
- ☞ Gebäudeheizungen sollen mittel- und langfristig vollständig durch erneuerbare Energie sichergestellt werden.
- ☞ Die Verschärfung der Mustervorschriften des Kantons im Energiebereich und Erleichterungen für Plus-Energie-Bauten sind zügig an die Hand zu nehmen.
- ☞ Ein Förderprogramm für den Ersatz von Elektroheizungen oder die Installation von Fernsteuerungen bei Elektroheizungen, wo deren Ersatz nicht sinnvoll ist, soll vorangetrieben werden.

6. Landwirtschaft: Qualität und Ökologie mit einer neuen Biooffensive stärken

a) Fakten:

2012 bewirtschafteten 1'293 von 2'355 Betrieben, also fast 55% aller Betriebe im Kanton Graubünden, ihren Grund und Boden nach Biorichtlinien. Landesweit produzieren hingegen nur gerade 10% aller Betriebe biologisch. Mehr als ein Fünftel aller Schweizer Biohöfe stehen somit auf Bündner Boden (Schweizerbauer.ch, 10. April 2013).

Die Agrarpolitik 2014-2017 des Bundes enthält Reformen im Interesse der Berglandwirtschaft. Die Umsetzung der Reformschritte, insbesondere die neuen Instrumente in den Bereichen Kulturlandschaft, Biodiversität, ökologischer Ackerbau und Tierwohl, können vom Kanton aktiv gefördert werden. Unser Berg- und Tourismuskanton Graubünden ist geradezu prädestiniert für eine ökologisch geprägte und ressourcenschonende Landwirtschaft. Diese beinhaltet extensivere Formen von Bodennutzung mit einer der Topografie angepassten Form von Gross- und Kleintierhaltung mit Tierzahlen, die der bewirtschafteten Grundfläche entsprechen. Dazu gehören weiter eine standortgerechte Futterbasis und keine Überdüngung der Böden. Eine solche Landwirtschaft entspricht den touristischen Kernelementen intakte Landschaft, lebendige Kultur und grosse Vielfalt an Spezialitäten. Damit werden für den Qualitätstourismus direkte Mehrwerte in Form einer bereichernden Fülle an hochwertigen, in der Nähe erzeugten Qualitätsprodukten geschaffen und weiterhin belebte und gepflegte Talschaften erhalten.

b) Einschätzungen:

Die Bauernfamilien und -betriebe erhalten heute hohe finanzielle Zuschüsse, die die erschwerten Produktionsbedingungen im Bergkanton richtigerweise kompensieren. Solche Unterstützungsmassnahmen bringen aber auch Pflichten und Auflagen mit sich, die als Spielregeln gegenseitig anzuerkennen und einzuhalten sind. Dazu gehört insbesondere die Form einer standortgerechten und ökologisch sinnvollen Art der Bewirtschaftung durch die Bäuerinnen und Bauern in Graubünden.

Die verstärkte Ökologisierung der Bündner Landwirtschaft ist also ein grundsätzliches Muss. Die vielen Steillagen, die zahlreichen dezentral gelegenen Gehöfte mit weiten Anfahrtswegen sind gute Gründe dafür. Ökologisch hochwertige Produkte korrespondieren in geradezu idealer Weise mit den Anliegen des Tourismus und tragen dazu bei, dessen innere Qualitäten zu stärken.

Im starken Kontrast zu diesen Aussagen steht heute das kantonale landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof in Landquart. Dieses hat sich seit Jahrzehnten der Hochleistungszucht von Braunvieh auf Weltniveau verschrieben und tut das heute noch, als ob die Zeit in Graubünden stehen geblieben wäre. Die Hochzuchttiere zeichnen sich durch ihre immense Milchleistung aus. Diese lässt sich aber erst aufgrund grosser Kraftfuttergaben erreichen. Die Rassetiere sind relativ gross und schwer. In Graubünden eignen sich für diese intensive Produktionsform höchstens wenige flache Tallagen. Kaum aber die viel zahlreicheren Bergbetriebe.

Das jetzige Primat der Hochleistungszucht am Plantahof ist deshalb rasch durch ein für Berglandwirtschaft repräsentativeres und standortgerechteres Aushängeschild auszutauschen, das sich den Biorichtlinien anpassen muss. Das heisst konkret, die Schule hat seine Bildungs- und Beratungsangebote, die Tierhaltung und die Art der Bodenbewirtschaftung grundsätzlich neu auszurichten. Als künftig schweizweit führendes „Kompetenzzentrum Bio-Berglandwirtschaft Plantahof“ stellt die Landwirtschaftsschule ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis, zeigt ein klares Profil und wird damit landesweit zu einem Vorzeigezentrum. Erst so wird die Schule glaubhaft den echten Bedürfnissen heutiger und künftiger Bergbetriebe im Alpenraum entsprechen und den Erwartungen der Bündner Bäuerinnen und Bauern gerecht werden können.

Der Plantahof steht an der Eingangspforte zum Bioland Graubünden. Er bildet einen nicht zu unterschätzenden Baustein für die inhaltlich und qualitativ neu auszurichtende Tourismusdestination Graubünden. Der Plantahof muss in Verbindung mit Berglandbau, Agrotourismus und Selbstvermarktung zum Leuchtturm werden für Biolandwirtschaft und breit abgestützten Qualitätstourismus.

Die Bestossung der Alpen in Graubünden ist im Wandel begriffen. Die Haupttrends sind mehr Mutterkühe, weniger Milchkühe und Bioalpen. Vielerorts fehlt es an der regionalen Sichtweise, um diesen Veränderungen sinnvoll gerecht zu werden – dies trotz eines vor wenigen Jahren aufwändig erstellten Alpkatasters. Eine regionale Abstimmung der Alplplanung würde es dem Kanton erleichtern, seine Baubeiträge zielgerichtet zu sprechen.

Interessante Perspektiven bietet das Kompetenzzentrum „Kleinvieh“, das zusammen mit dem Gutshof der Psychiatrischen Dienste Graubünden (PDGR) im Aufbau begriffen ist. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch ein verstärktes Engagement bei der Aufzucht von Herdenschutzhunden.

Ein weiteres Augenmerk gilt den land- und alpwirtschaftlichen Produkten und Spezialitäten. Im Tourismus profiliert sich das attraktive Frühstücksbuffet im Hotel mit herausragenden lokalen, nachhaltig erzeugten Spezialitäten. Das könnte allenfalls bedeuten, dass künftig weniger herkömmlicher Alpkäse dafür eine grosse Vielfalt an örtlichen (allenfalls neuen) Spezialitäten herzustellen wäre: Blauschimmel, Hobel-, Weichkäse, Ziger, Butter und vieles mehr. Jede Region muss dazu ihre Spezialitätenpalette und ihren Spezialitätenverkauf koordinieren und sich gemeinsam kantonale, nationale und internationale Netzwerke. Darum bleibt die Option einer europäischen Marktöffnung, beziehungsweise eines Freihandelsabkommens mit der EU im Landwirtschaftsbereich, ein strategisches Ziel einer auf Qualität ausgerichteten Landwirtschaftspolitik.

Die dezentrale Herstellung von Produkten ruft zudem nach einer wirksamen Produkte-Logistik, um möglichst flächendeckend ein hohes Mass an Verfügbarkeit zu erreichen. Gastrobetriebe sind darauf angewiesen, die Zulieferung der bestellten Produkte unkompliziert, quasi aus einer Hand, zu erhalten. Mit *alpinavera* besteht bereits eine auf diesen Bereich fokussierte Organisation. Ihre Aktivitäten sind auszubauen.

Vom engeren Schulterschluss zwischen Land- und Alpwirtschaft mit dem Tourismus werden alle Seiten sowie die Öffentlichkeit zu gleichen Teilen profitieren. Die SP Graubünden muss sich verstärkt und engagiert um die Anliegen der Landwirtschaft und deren Annäherung an den Tourismus kümmern.

c) Handlungsfelder und Ziele:

- ☞ Die Erhöhung des Anteils an Bündner Bio-Betrieben auf 80% ist als strategisches Ziel festzulegen.
- ☞ Wichtigste Massnahme für die zweite Bio-Offensive in Graubünden ist die Schaffung eines „Kompetenzzentrum Bio-Berglandwirtschaft Plantahof“. Ein Konzept soll die notwendigen Schritte zur grundlegenden und gesamtheitlichen Neupositionierung der Bündner Landwirtschaftsschule inhaltlich und terminlich bindend aufzeigen.
- ☞ Die Beiträge für ökologische Leistungen der Landwirtschaftspolitik des Bundes (Landschaftsqualität, Sömmerungs- und Alpungsbeiträge, Steilhangbeiträge etc.) sind voll auszuschöpfen.
- ☞ Mittel- und langfristig bleibt die Marktöffnung gegenüber der EU ein strategisches Ziel einer an der Qualität orientierten Landwirtschaftspolitik des Kantons Graubünden.
- ☞ Es braucht innovative Inwertsetzungs- und Wertschöpfungskonzepte für die Bündner Naturpärke und für die gemeinsame Marktbearbeitung der Bündner Bio-Spezialitäten von Land- und Alpwirtschaft zusammen mit Hotellerie und Gastronomie .
- ☞ Anstoss geben zur Schaffung einer regionalen Alp-Planung aufgrund des vor einigen Jahren erstellten „Alpkatasters“. Welche Alpen sollen weiter bestossen, welche allenfalls der Natur zurückgegeben werden? Wo wird biologisch, wo konventionell bewirtschaftet?

7. Forstwirtschaft: Ressource Holz in Wert setzen

a) Fakten:

Der Holzbau in der Schweiz läuft auf Hochtouren. Leider stammt das verwendete Holz meist aus dem Ausland. Die Nachfrage kann nicht durch einheimisches Holz gedeckt werden. Bündner Holz ist zu teuer. Die Gründe sind vielfältig: Löhne, Rüst- und Transportkosten, Infrastruktur, zu kleine Mengen pro Schlag, Währungsdifferenz usw.

Der Bündner Wald besteht zu 60% aus Schutzwald. Der Schutzwald wird sehr gut bewirtschaftet. Aus diesen Wäldern stammen 70% der gefällten Bäume. 2011 wurden in Graubünden rund 300'000 m³ Stammholz aufbereitet. Davon wurden 220'000 m³ ins Ausland, 40'000 m³ im Kanton und 40'000 m³ im übrigen Inland verkauft. Aus dem Ausland werden gleichzeitig wieder Halb- oder Fertigprodukte aus Holz in Form von Täfer, Parkett, Türen, Möbel, Binder, Dachstühlen bis fertig vorfabrizierten Häusern importiert.

b) Einschätzungen:

Der Bau der massiv überdimensionierten Grosssägerei in Domat/Ems war betriebswirtschaftlich ein riesiger Flop. Aber er hat dem Strukturwandel der Bündner Waldwirtschaft einen wichtigen Schub gegeben. Um die Wertschöpfung der Forstwirtschaft zu steigern, soll der Bau einer oder zweier grösserer Sägereien im Kanton wieder ins Auge gefasst werden. Allerdings mit einer vernünftigen Kapazität von 50'000 m³ bis 200'000 m³ (die Kapazität der Emser Grosssägerei war bei 1'000'000 m³). Diese könnten von einer genossenschaftlichen Kooperationsstruktur getragen werden, die in Bündner Hand liegt und den Betrieb an eine am Markt orientierte Betriebsgesellschaft delegiert. Gleichzeitig und idealerweise am gleichen Standort ist die weiterverarbeitende Holzindustrie zu fördern. Beispielsweise werden im Kanton heute noch rund 10'000 Elektroheizungen betrieben, die durch Stückholz-, Pellets- und Schnitzelheizungen oder Wärmeverbünde aus einheimischer Produktion ersetzt werden könnten. Die Menge an Energieholz von heute 100'000 m³ kann ohne Probleme um 50% bis 100% erhöht werden.

Voraussetzung sind angepasste Strukturen. Die heutigen Forstreviere, rund 80, sind für eine wirtschaftliche und effiziente Holznutzung zu klein. Der Dachverband der Bündner Wald- und Holzwirtschaft, Grau-

bünden Holz, hat aufgezeigt, wie die Strukturen wettbewerbsfähiger gestaltet werden können. Jetzt braucht es konkrete (genossenschaftliche) Kooperationsmodelle zwischen dem Kanton und den Waldbesitzern als mögliche Trägerorganisation und beauftragten Unternehmen als Verarbeiter, damit die vollständige Wertschöpfungskette und die Produktion vor Ort stattfinden.

Im Baubereich hat Holz eine grosse Zukunft. Der Kanton soll darum zum Beispiel mit dem Instrument des Submissionsrechts die Nachfrage nach dem nachhaltigen Baustoff Holz fördern. Und warum wird beispielsweise das neue kantonale Verwaltungszentrum „Synergia“, wie es der Name schon verspricht, nicht mit Bündner Holz gebaut?

c) Handlungsfelder und Ziele:

- 👉 Folgende Idee ist zu prüfen: Die Forstwirtschaftsverbände, die Gemeinden und der Kanton bilden zusammen eine Holzgenossenschaft, die gemeinsam eine grössere oder zwei kleinere Sägereien in Graubünden aufbauen. Für deren operatives Geschäft soll eine am Markt orientierte Betriebsgesellschaft zuständig sein. Trägerschaft bilden die genannten bündnerischen Anspruchsgruppen. Zudem ist die gleichzeitige Ansiedlung von Firmen der weiterverarbeitenden Holzindustrie voranzutreiben.
- 👉 Graubünden Holz initiiert ein Think Tank bestehend aus der Interkantonalen Försterschule Maienfeld, der HTW Chur, dem Centro del legno in Poschiavo und der Höheren Fachschule Holz Biel als Ideenlieferant für die Bündner Holzwirtschaft.
- 👉 Die Gemeinden und der Kanton beschliessen innert nützlicher Frist eine weitere, erhebliche Reduktion der Anzahl der Forstreviere.
- 👉 Bei Ausschreibungen für Kantonsbauten soll der Einsatz von nachhaltigem Material – Bündner Holz zählt klar dazu! – als Voraussetzung für die Vergabe der Arbeiten gelten. So wird die Nachfrage nach einheimischen Holz gesteigert.

E. Weiterführende Literatur

Unter www.sp-gr.ch/Positionen/Wirtschaftspapier2014 finden sich die Verweise auf weitere Positionspapiere der SP Graubünden und der SP Schweiz. Zudem sind auch die Inputreferate von Peder Plaz und Helen Cabalzar aufgeschaltet.

Mut zum Weiterdenken

Im Folgenden laden wir zum mutigen Weiterdenken und zum sorgfältigen Entwickeln von neuen Ansätzen ein. Die beiden Texte bilden nicht die konsolidierte Meinung der SP Graubünden ab.

Lukas Horrer

Sorgfältig entwickeln: Heimat und Wertschöpfung durch Kooperation schaffen.

2006: Der Schlag ins Gesicht

2006 – die Begrifflichkeit Alpine Brache wurde geschaffen, ein Ruck ging durch Graubünden. Zwar war schon vor dem Jahr 2006 klar, dass Graubünden nicht zu den ökonomisch starken Regionen der Schweiz gehört. Eine derart klare Aussage dessen, wie wir sie im städtebaulichen Portrait der Schweiz von Diener et al. mit dem Wort Alpine Brache vorfinden, erschreckte dennoch. Insbesondere, weil die Autoren die „(...) Zonen des Niedergangs und der langsamen Auszehrung(...)“ nicht weiter als problematisch ansahen. Abgesehen von einigen Alpinen Resorts wie Davos oder St. Moritz und urbaneren Regionen wie dem Churer Rheintal sei ökonomisch nicht mehr viel los in Graubünden: Abwanderung durch mangelnde ökonomische Perspektiven. Vom städtebaulichen Portrait der Schweiz kann man halten was man will. Es sei aber angemerkt, dass wer über Raum und ökonomische Perspektiven spricht, niemals objektiv sein kann. Die (drohende) Alpine Brache fiel nicht vom Himmel. Sie ist vielmehr darum im Realitätwerden begriffen, weil immer mehr Lebensbereiche dem Marktprinzip unterworfen werden. Der rohen, freien Marktwirtschaft wird immer umfassendere Gültigkeit zugestanden. Die (drohende) Alpine Brache ist eine Folge dieser Entwicklung. In ökonomisch schwachen Regionen lassen sich kaum Gewinne erwirtschaften. Es fehlt an Nachfrage, an qualifizierten Arbeitskräften usw. Wo kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, dort wird nicht investiert – somit ist dort nichts. Es ist werdende Brache.

Die Besiedelung eines Gebiets an sich hat keinen Wert. Menschen haben sich immer schon bewegt. Die Motive waren dabei immer sehr vielfältig. Oft aber waren es mangelnde ökonomische Perspektiven: An einem anderen Ort sucht man sein Glück, seine Zukunft. Als Bündner SP ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass Graubünden das Ziel dieser Suche bleiben kann. Abwanderung mangels ökonomischer Perspektiven stellt unter keinen denkbaren Umständen einen Freiheitsgewinn dar - weder für die Gesellschaft noch für das Individuum. Solange Menschen Graubünden als ihre Heimat wählen, darf ihnen diese nicht wegen mangelnder ökonomischer Perspektiven genommen werden. Es ist Aufgabe der Politik, das Recht auf Wahl der Heimat zu verteidigen.

Das blinde Marktvertrauen und die Wettbewerbslogik führen darum zum Diebstahl von Heimat im Namen der angeblichen Freiheit. Jener Freiheit also, welche die Marktwirtschaft mitzubringen verspricht. Kurzum: Der Diebstahl der Heimat ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen.

Als SP glauben wir nicht, dass Heimat einfach da ist - aber sie kann werden. Für wen sie wird und was sie ist, das entscheiden wir gemeinsam. Unser Heimatvorschlag stiftet Identität, weil die Einsicht in die Andersartigkeit jedes Individuums, jeder Talschaft, der Konstruktionsfluchtpunkt der kollektiven Bündner Identität ist. Wir wissen: Heimat schafft man darum nur zusammen. Heimat braucht Sicherheit, gebaut auf dem Fundament der Gerechtigkeit. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist die sorgfältige Entwicklung Graubündens. Sorgfältige Entwicklung schafft Heimat - solange Menschen hier leben wollen.

Harte Neoliberale und ihre Bündner Abkömmlinge sanfter Bauart

Spielt der Markt sein Spiel, bleibt Wachstum in unserem Kanton aus – die Alpine Brache würde tatsächlich Realität werden. Aus neoliberaler oder marktradikaler Perspektive ist das weiter kein Problem. Ein solches Menschenbild delegiert die Zukunftsgestaltung an die Sphäre des Marktes. Der Markt macht, wir haben Folge zu leisten. „Macht die Welt, wie sie dem Markt gefällt“, rufen diese den Menschen zu. Ihre Freiheit ist nackt und bestimmt alle anderen gesellschaftlichen Sphären. Freiheit bedeutet bloss die Abwesenheit jeglicher Zwänge. Das Individuum wird von allen sozialen Bezügen zu seinen Mitmenschen

getrennt. Der Mensch maximiert nur seinen Nutzen. Fragen der Gerechtigkeit stellen sich gar nicht mehr. Der Markt, also, der gegenseitige Konkurrenzkampf, ist Gerechtigkeit. Dieser in die Masslosigkeit gesteigerte Individualismus beraubt jedes Individuum und damit auch die Gesellschaft der eigenen bewussten Zukunftsgestaltung. Zukunft gestaltet der Markt und seine Sphäre erschliesst sich uns nicht, wir dürfen und können keinen Zugriff darauf haben. Das ist das Menschenbild der harten Neoliberalen. Markt vor Demokratie und Gewinne vor Heimat. Diesen Geist atmet die Konzeption der Alpen Brache. Kein Bündner und keine Bündnerin kann das akzeptieren – von links bis rechts.

Graubündens Antworten waren in der Vergangenheit nicht neoliberal. Sie können das auch gar nicht sein, sonst würden wir unser zukünftiges Nicht-mehr-Sein akzeptieren. Der Bündner Wirtschafts- und Politfilz ist aber, sei es bewusst oder aus unbedachter, unreflektierter Verteidigung der eigenen Privilegien heraus, dennoch in diesem Menschenbild verhaftet. Die Alpine Brache akzeptieren sie nicht, aber es wird versucht die Alpine Brache innerhalb jenes Spiels aufzuhalten, das sie hervorbringt. Die Bündner Neoliberalen, der zwangsläufig sanften Bauart, haben darum ein äusserst eingeschränktes Vokabular: „Rahmenbedingungen“ und „Standortwettbewerb“. Mehr bleibt nicht von ihrer Wirtschaftspolitik. Der Markt ist in ihrer Denkweise nach wie vor nicht antastbar. Man glaubt sein Spiel lediglich klüger zu Spielen als die anderen.

Insbesondere in der Boden-, Umwelt- und Finanzpolitik zeigen sich die Konsequenzen: Zweitwohnungsbau bis die Landschaft nicht mehr kann und die Mieten nicht mehr real sind. Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche, die alle anderen berappen. Oder man flüchtet sich in gigantische Grossprojekte, deren Folgen unabsehbar sind – wir aber absehbar alle zusammen berappen müssen.

Zukunftsgestaltung sichern, Heimat ermöglichen, Wertschöpfung generieren: Kooperation

Unsere Alternative will zuallererst die Hoheit über die Zukunftsgestaltung zurück erkämpfen. Wir wollen, dass Geschichte gemeinsam geschrieben und Zukunft zusammen gestaltet wird. Die Geschichte soll nicht der rohe Markt schreiben, die Zukunft soll nicht er gestalten. Gilt der Markt als Ordnungsprinzip sind wir frei. Obwohl wir aber frei sind, können wir unsere Heimat nicht verteidigen. Obwohl wir frei sind, stehen wir machtlos den Ungerechtigkeiten gegenüber. Diese nackte Freiheit des Marktes führt zur Unfreiheit der Mehrheit.

Wir wollen Freiheit deshalb mit der Möglichkeit der Zukunftsgestaltung einkleiden. Unsere Freiheit geht darum nicht ohne Gerechtigkeit. Alle brauchen einen materiellen Boden unter den Füßen und alle haben am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand teil. Die Marktradikalen verleugnen dies. Wir wissen: Wohlstand kann nur gemeinsam erarbeitet werden. Niemand erzielt eine Leistung alleine. „(...) Cäsar schlug die Gallier – hatte er nicht wenigstens einen Koch dabei? (...)“ (Brecht). Freiheit die gestalten kann, braucht auch den Rahmen der Solidarität. Menschen übernehmen gemeinsam füreinander Verantwortung und stehen füreinander ein. Das ist das Gegenteil der bürgerlichen Eigenverantwortung, in der gilt: „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmid“. Nur in einem gesellschaftlichen Klima des Vertrauens lässt sich der Markt gemeinsam zurückdrängen und Zukunftshoheit erstreiten.

Zugegeben: Diese Freiheit hält die Alpine Brache noch nicht auf. Sie legt aber ein Fundament. Auf diesem Fundament kann gemeinsame Zukunftsgestaltung wieder zum Denk- und Machbaren werden. Wir fordern darum das Primat der Politik. Wir wollen unsere Geschichte selber schreiben. Für uns ist der Mensch mehr als ein Wesen, das nur Marktergebnisse verwaltet und seiner eigenen Zukunft ohnmächtig gegenübersteht. Dem neoliberalen Leitspruch: „Macht die Welt, wie der Markt sie will“, halten wir mit Astrid Lindgren entgegen: „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt“.

Klar: Graubünden ändert die grundsätzlichen Spielregeln nicht alleine. Aber wenn wir als Gesellschaft nicht mehr nur dazu da sind, um Marktergebnisse zu verwalten und den gegenseitigen Konkurrenzkampf zu organisieren, wird Zusammenarbeit oder Kooperation möglich. Wir sollten darum versucht sein, den Marktmechanismus innerhalb unseres Kantons auf ein Minimum zu reduzieren. An seine Stelle tritt die Zusammenarbeit, die Kooperation. Damit können wir gemeinsam, als Graubünden, Macht im globalen Markt erlangen und die abhanden gekommene Fähigkeit zur Zukunftsgestaltung zurückerlangen. Die üblichen Politiken der bürgerlichen Mehrheit lehnen wir darum insbesondere im Boden-, Umwelt- und Finanzbereich entschieden ab. Sie verbauen mögliche Perspektiven, weil sie den Handlungsspielraum

des Kantons immer mehr einschränken. Durch die Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen fehlen vielen Gemeinden und in der langen Frist auch dem Kanton eine solide Finanzbasis. Fehlt diese, ist das Gemeinwesen auf Dauer handlungsunfähig. Immer mehr Aufgaben müssen an den Markt delegiert werden, weil nichts mehr anderes bleibt.

Viele Bereiche der Wirtschaftspolitik in unserem Kanton sind bereits vom Gedanken der Kooperation geprägt. Zum Beispiel werden wichtige Infrastrukturen bereits kooperativ finanziert. Unsere Idee der Kooperation dient aber nicht einfach der blinden Erfüllung von Marktbedürfnissen, sondern der bewussten Zukunftsgestaltung. Beispielsweise wären Olympische Spiele durchaus kooperativ, allerdings hätten sie zu Fremd- und nicht zu Selbstbestimmung geführt. Der Einsatz der Regierung für neue Strassen, insbesondere für die zweite Gotthardröhre, ist auch kooperativ gefärbt. Es resultiert aber eine Kooperation, die weder den Regeln der Demokratie folgt noch die beschlossene Verlagerungspolitik vorantreibt, sondern lediglich die Bedürfnisse befriedigt, die uns der Markt diktiert. Kooperation kann durchaus Marktbedürfnisse erfüllen, aber wir müssen immer selbstbestimmt entscheiden können, ob wir das jeweilige Marktbedürfnis erfüllen wollen oder nicht. Ob wir das jeweilige Marktbedürfnis als schädlich für das Gemeinwohl betrachten oder nicht. Kooperation hat Selbstbestimmung und nicht effizienteren Marktgehorsam zum Ziel.

Die Alpine Brache ist durch Kooperation keine unabänderliche Konsequenz mehr und solange Menschen hier Heimat wollen, wollen wir die Brache nicht. Unsere Alternative ist die Kooperation, um die Hoheit über die Zukunftsgestaltung zu sichern, Graubünden als Heimat zu ermöglichen und Wertschöpfung zu generieren. Das Wirtschaftskonzept lässt sich in den konkreten Grundzügen darum von folgenden Prinzipien leiten:

1. **Die Bedarfsorientierung steht im Zentrum und nicht blinde Erfüllung der Marktbedürfnisse.**
 - Beispiele: Das Beenden des uferlosen Zweitwohnungsbaus und das Engagement gegen den Olympia-Gigantismus.
2. **Die Ermittlung des Bedarfs folgt wenn möglich demokratischen Spielregeln.**
 - Beispiele: Der Bedarf an Wohnraum wird durch die demokratisch strukturierten Wohnbaugenossenschaften effizienter und kostengünstiger als durch den Immobilienmarkt gewährleistet.
3. **Kooperation geht vor Konkurrenz.**
 - Beispiele: Als Tourismuskanton sind wir nur dann erfolgreich, wenn wir zusammenarbeiten. Darum hat die SP den notwendigen Strukturwandel im Tourismus unterstützt und setzte sich erfolgreich für die Ausarbeitung einer Tourismusstrategie ein.
4. **Initiative von unten wird gefördert.**
 - Beispiel: Biologische Landwirtschaft wurde von einigen innovativen Bauern entwickelt. Dank dem Einsatz der SP ist sie heute „common sense“ und die Privilegien der unökologisch produzierenden Mehrheit konnten aufgebrochen werden.

Das Gerüst dieser Prinzipien sind verschiedene Wirtschaftsbereiche:

| Service Public | Zukunftswirtschaft | Privatwirtschaft | Pflegewirtschaft |
|--|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Zugang für alle und konstant hohe Qualität. • Unmittelbare demokratische Einflussnahme. • 22% des BIP werden aktuell in der Schweiz durch den Service Public erwirtschaftet. | <ul style="list-style-type: none"> • Erproben von Innovationen und neuen Arbeitsformen/ • -prozessen, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen (noch) nicht konkurrenzfähig sind. • Spezielle Förderung und demokratisches Aushandeln der Stossrichtung. Gewinne bleiben im Kreislauf der Zukunftswirtschaft. | <ul style="list-style-type: none"> • Klassische Marktwirtschaft. Bleibt alleine darum, weil das Vorliegende nur ein Entwurf ist und Entwürfe am Bestehenden haben sollten. • Demokratischer Zugriff/Eingriff muss aber immer möglich sein. • Unter diesen Umständen gibt die Marktwirtschaft produktive Impulse, dominiert aber nicht mehr unser Leben. | <ul style="list-style-type: none"> • Die unbezahlte Arbeit. Sie ist notwendig, dass wir überhaupt über Wirtschaft sprechen können. Wird aber von der neoliberalen Marktwirtschaft diskreditiert. • Zudem bietet ihre Inwertsetzung durchaus Wachstumsperspektiven für Graubünden, z.B. Gesundheitsmarkt. |
| Nachteil: Stark reguliert. Wenig Dynamik/Innovation. | Nachteil: Produkten fehlt in der Pionierphase die Nachfrage. Bei vorhandener Nachfrage, Gefahr der Verdrängung durch die Marktwirtschaft. | Nachteil: Gefahr, dass dieser Bereich die anderen Bereiche dominiert. Umgang mit natürlichen Ressourcen, Arbeitsrechte usw. | Nachteil: Unbezahlte Arbeit wird aktuell immer noch vor allem durch Frauen / Ausländer/-innen geleistet. |
| Vorteil: Demokratische Kontrolle, konst. Qualität. | Vorteil: Demokratische Kontrolle, bewusste Steuerung der Innovationen möglich, gesteuerte Dynamik. | Vorteil: Effizienz, unvorhersehbare Innovationen, effiziente Kapitalbündelung zur Finanzierung von Investitionen. | Vorteil: Möglichkeit zur Rehabilitierung der Care-Arbeit, Wahl auf Kinder kann durch Arbeitszeitverkürzung, Kindergelder, Anspruch auf Sozialversicherung der unbezahlten Arbeit und gerechte Aufteilung der Care-Arbeit geschützt werden. Bietet Wachstumspotential. |
| Beispiel: Bildung, Infrastrukturen. | Beispiel: Kreativwirtschaft, neue Tourismusformen. | Beispiel: Bestehende Exportindustrie, Gastro | Beispiel: Familienarbeit, Pflegebranche |

Urs Chiara

Wachstumszwang oder Übergang zur Balance-Wirtschaft?

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze und sichert unsere Altersvorsorge - (fast) alle glauben das und erhoffen sich von den jährlichen BIP¹-Prozenten eigene Vorteile

1. Konsumenten/-innen: mehr Einkommen
2. Gewerkschaften: weniger Arbeitslose und gesicherte Sozialversicherungen
3. Managerelite: DER Erfolgsmassstab
4. Reiche: etwas vom Kuchen abgeben, ohne von der Substanz zurückgeben zu müssen

Der Glaube der ersten drei Akteure und das Wissen des vierten Akteurs führen zur Heiligsprechung des BIP - und Heiliges wird nicht hinterfragt.

Gleichzeitig

- hat sich in diesen 40 Jahren Neoliberalismus die Arbeitslosigkeit nach OECD² mehr als verdoppelt
- sind heute trotz stetigem Wachstum mehr BürgerInnen von der Sozialhilfe abhängig als 1970
- müssen die letzten Leugner des Klimawandels – vor 10 Jahren mancherorts noch erfolgreich – definitiv umdenken
- wird das ewig fliessende, schwarze Gold endlich
- ist der Fussabdruck³ der SchweizerInnen auf das 2 ½ - fache des Verträglichen angewachsen

Die Wachstums-Perspektiven: Die 2.7%-Wachstum pro Jahr haben nicht ausgereicht – hätten 3% mehr Arbeitslose verhindert? Wir wissen es nicht, bei 3% würde die Wirtschaft bis 2100 um das 19-fache wachsen. 19x mehr Autos, grössere Wohnungen für 19x mehr Haushaltgeräte und entsprechende notwendige Gewerbe- und Industriezonen? Das BIP greift nicht mehr, um unsere grösste und dringendste Herausforderung zu lösen. Der Grund: Das BIP wächst bei Zerstörungen, lässt aber Lebensqualität und Nachhaltigkeit ausser Acht, weil es allein den Geldfluss misst. So lässt Fukushima das BIP in die Höhe schnellen, weil Wiederaufbau und Folgeschäden enorme Kosten verschlingen. In der Schweiz bringt allein das Abschalten der AKW ein BIP-Wachstum von über 20 Mrd.⁴ (ohne einen einzigen Arbeitsplatz in Graubünden). Die Energiewende bringt ohne BIP-Wachstum ein ausserordentliches Potential für 3'630 Arbeitsplätze in Graubünden⁵.

Immer offensichtlicher taugt das BIP-Wachstum weder für eine Vollbeschäftigung, noch um die AHV zu sichern und schon gar nicht für unsere Jahrhundert-Aufgabe: Die Kurve zum nachhaltigen, sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaften und Leben noch rechtzeitig zu erwischen. Geradeaus im ewigen, heiligen Wachstumszwang? Der Abgrund ist schon sichtbar. Die Kurve kriegen – ob langsam mit einem tonnenschweren Schiff oder schnell wie im Rennsport – entscheidend ist immer, wie die Strecke kurz vor der Kurve gefahren wird. Frühzeitig angesteuert, gelingt es, die Kurve flüssig und zügig zu nehmen und wieder freie Fahrt vor sich zu haben. Wer zu spät auf die Kurve reagiert, muss bremsen, kommt ins Schleudern oder verursacht einen Totalschaden.

Unternehmen und Nationen, welche schon heute die Kurve zur Balance-Wirtschaft ansteuern, werden den Übergang sanfter und zügiger vollziehen und profitieren von Gestaltungsmöglichkeiten – sie haben die Nase vorn. Wirtschaftsbranchen, welche die Jahrhundertkurve immer noch nicht sehen wollen, werden in die Kurve schleudern – mit Schock davon kommen oder im Abbruch enden.

¹ BIP = Bruttoinlandsprodukt: bisher als DAS ALLEINIGE Wachstumsindiz, <http://de.wikipedia.org/wiki/BIP>

² OECD 1971-2001: Im Schnitt ist die Wirtschaft in allen OECD-Staaten jährlich um 2.7% gewachsen, gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit von 3.5% auf 7% verdoppelt.

³ Fussabdruck: http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96kologischer_Fu%C3%9Fabdruck

⁴ MM des BFE <http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=46787>

⁵ MM der SES vom 19.6.2013 <http://www.energiestiftung.ch/aktuell/medienmitteilungen/>

Und welche unserer vier Akteure nehmen die Kurve zügig?

1. KonsumentInnen, die durch sozial und ökologisch nachhaltigeres Verhalten mehr Lebensqualität entdecken
2. Gewerkschaften
 - ökologischer Umbau schafft mehr und vor allem lokale Arbeitsplätze⁶
 - Altersvorsorge mit Beiträgen auf unverdienten Einkommen und Vermögen ergänzen: Weshalb sollen die Erwerbstätigen allein die Kosten des Sozialstaates bezahlen? Jährlich werden rund 30 Milliarden Franken in der Schweiz vererbt – Einkommen ohne Arbeit oder Leistung – und eben ohne einen Beitrag an die Altersvorsorge zu leisten.
3. Managerelite: auf differenziertere Erfolgsmassstäbe setzen
4. Reiche: Verschiedene Revolutionen (-versuche) wollten schon vor dem Zweiten Weltkrieg die Substanz der Reichen neu verteilen. Dank dem Wachstumsboom konnten die Reichen die grosse Mehrheit mit dem Beteiligten an den Wachstumsfrüchten zufriedenstellen, ohne ihre Substanz antasten zu müssen. Im Gegenteil, es gelang sogar eine enorm zunehmende Umverteilung von unten nach oben.

In der Balance-Wirtschaft geht das nicht. Erfolgsbeteiligung oder gar eine Rückverteilung geht nur aus der Substanz heraus. Genau deshalb wird das BIP-Wachstum heilig erklärt und wird die grosse, künftige Auseinandersetzung sein. Namhafte, aber erst einzelne sehr Reiche sehen das und wollen auch handeln. Die „Kasten“-Regime verhindern das aber mit allen Mitteln. Macht-Abgeben geschieht selten freiwillig – dabei gilt das gleiche Kurvengesetz.

Literaturhinweise

- OECD: Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum, deutsche Zusammenfassung von Towards Green Growth - ISBN 978-92-64-094970 © OECD 2011
<http://www.oecd.org/greengrowth/48020741.pdf>
- Denknetz Jahrbuch 2006, Seite 147, Hanspeter Guggenbühl
Wachstum ist keine Lösung, sondern das Problem – Die Herausforderung der Zukunft ist, sich vom Wachstumszwang zu befreien
- Denknetz-INFOBRIEF 16, Dezember 2011: Wachstumsdebatte mit Themen und weiterführender Literatur zu (www.denknetz-online.ch):
Wachstumsanalysen und Wachstumskritik
Alternative Indikatoren (Erweitertes BIP, BIPplus, Indizes jenseits des BIP),
GreenNewDeal und politische Kritik am GreenNewDeal
Postwachstum, Steady Economics, Evolutionäre Sozialökonomik
Rebound-Effekte
Décroissance,
Typologie der Wachstumsdebatte, usw.
- Urs P. Gasche / Hanspeter Guggenbühl, >Das Geschwätz vom Wachstum<, Orell Füssli 2004

⁶ OECD: Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum ⇨ Literaturhinweise